



„Was ist Populismus und seine Gefahren in Europa“

Redeentwurf von Joachim Poß, MdB, für das Journalistenseminar „Deutschland und Italien in Europa. Gemeinsame Herausforderungen – gemeinsame Lösungen?“ am 16.06.2017 in Palermo

I. Einleitung

1. Was ist Populismus?

Der in den letzten Jahren aufgekommene Populismus in Europa hat viele Facetten: **Einerseits** erleben wir den Aufstieg populistischer Parteien, die wir **eindeutig als rechtsextrem und nationalistisch einordnen würden** – etwa die AfD in Deutschland, der Front National in Frankreich oder auch die Lega Nord in Italien.

Andererseits besteht große Einigkeit darüber, dass auch die **linksradikale griechische Syriza, die linkspopulistische spanische Podemos** und die autokratisch geführte eurokritische italienische Fünf-Sterne-Bewegung zu den populistischen Parteien zählen.

Die Fünf-Sterne-Bewegung ist für mich aber eher eine rechts-autoritäre Bewegung, auch wegen ihrer Führungsstruktur. Darüber hinaus äußert der Parteivorsitzende Grillo ja stets seine Bewunderung für Putin und Trump.

Es passt in dieses Bild, dass Grillo in Genua einen von der Partei gewählten Bürgermeisterkandidaten kurzerhand ausgetauscht hat.

Aus dieser Entwicklung des Rechts- und Linkspopulismus ergibt sich die Frage:

Was macht eine populistische Partei aus?

Die wesentlichen Merkmale **populistischer Parteien sind der Kampf gegen das „Establishment“, die politische „casta“ und ihr Alleinvertretungsanspruch als Stimme des Volkes.** Populistische Parteien maßen sich also an, für das gesamte „Volk“ zu sprechen.

15.06.2017

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-7 10 20, Fax: +49 30 227-7 61 70,
Joachim.poss@bundestag.de

Joachim Poß, MdB

Jeder, der diesem Alleinvertretungsanspruch widerspricht, gehört aus Sicht dieser Parteien nicht zum Volk.

Eben dieser Alleinvertretungsanspruch widerspricht dem Grundgedanken einer pluralistisch verfassten demokratischen Gesellschaft. Oder, um es mit Habermas zu sagen: **Das Volk „tritt nur im Plural auf“.**

In einem lesenswerten Essay hat Professor Christian Joppke in der FAZ vom 6. Juni ausgeführt, dass in Westeuropa **Populismus heute hauptsächlich rechts-orientierte Protestparteien** meint.

Sie agieren vor allem gegen die Europäische Union (als Platzhalter für die abgelehnte Globalisierung) und gegen Einwanderer, besonders solche muslimischen Ursprungs.

Damit sind die beiden Dimensionen bezeichnet, in denen der Populismus sich in seinen unterschiedlichsten Ausprägungen schon immer bewegte: **Vertikal wendet er sich stets gegen korrupte und volksferne Eliten, horizontal gegen "auffällig Andersgeartete".**

In beiden Dimensionen arbeitet er mit einer moralischen Dichotomie von Gut und Böse: Die "gute" Seite bildet ein als einheitlich und homogen vorgestelltes Volk, das die ihm von den Eliten entrissene Selbstbestimmung zurückzugewinnen und seine durch ethnisch Andere bedrohte Identität zu behaupten hat.

Ein weiteres Merkmal populistischer Parteien besteht in ihrer destruktiven Weise, Politik zu betreiben: So kritisieren populistische Parteien in der Regel den Status Quo, ohne aber realistische Pläne für eine bessere Zukunft vorzulegen. Populistische Parteien stehen also nicht *für* eine bestimmte Politik, sondern *gegen* den Status Quo. Wie es aber nach der Abschaffung des Status Quo weitergehen soll, dafür haben populistische Parteien keinen Plan.

Im Zweifelsfall weigern sie sich, die politische Verantwortung zu übernehmen – so etwa im Fall des Brexit-Referendums, als sich die Spitze der UK-Independence-Partei nach dem Sieg der „Leave-Kampagne“ zurückzog.

Ein weiteres Beispiel bietet der eitle, autoritäre, dilettantische und überforderte neue US-Präsident Donald Trump, der überdies ein Rassist und Frauenfeind ist. Seit seinem Amtsantritt hat er nicht nur das amerikanische, sondern auch das internationale Institutionengefüge und damit die

Joachim Poß, MdB

Werte des Westens ins Wanken gebracht. Nun ist Europa gefordert, diese Werte des Westens so lange zu verteidigen, bis Trump hoffentlich schon nach vier Jahren durch eine Person ersetzt wird, für die Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung keine Fremdwörter sind.

Diese Werte, einschließlich der unabhängigen Justiz und der Meinungs- und Redefreiheit, sind derzeit weltweit durch Autokraten und Diktatoren stärker bedroht als vor einigen Jahren.

Die Populisten sind spezialisiert aufs Blame-Game, die Sündenbock-Methode. Es ist, wie Martin Schulz es treffend ausdrückte: Die Populisten haben für alles einen Sündenbock, aber für nichts eine Lösung.

Geradezu exemplarisch für diese Vorgehensweise der Populisten steht die BREXIT-Kampagne.

Den Boden für die Kampagne hat der britische Premier Cameron selbst bereitet, in dem er **über Jahre die EU für nationale Fehler verantwortlich machte und dann doch für einen Verbleib plädierte.**

Mit Lügen und Hasstiraden und Unterstützung weiter Teile der Medien haben die Populisten der UKIP und der Tories, allen voran Boris Johnson, ihre Kampagne betrieben, ohne auch nur Umriss eines Planes für die Zeit nach dem Brexit zu haben.

Das ist ein wirklich beispiellos unverantwortliches Verhalten von Leuten, die sich zum Teil auch noch als Demokraten bezeichnen.

Trotz dieses offenkundig charakterlosen Verhaltens (siehe Brexit) und auch Versagens (siehe Trump) haben populistische Parteien, auch in Italien, mit ihrer Politik gegen Europa und den Euro nach wie vor große Unterstützung in der Wählerschaft.

Damit bringt Italien jedenfalls mich zur Verzweiflung: rund 60% Unterstützung für europakritische und europafeindliche Kräfte.

Dabei müsste doch jedem klar sein, dass kein Land Europas und auch kein Land der Welt die Probleme des Klimawandels, der Migration, des Terrorismus und des internationalen Wettbewerbs alleine lösen kann.

Es wäre meines Erachtens aber eine Illusion zu erwarten, dass sich die populistischen Kräfte an einer konstruktiven Diskussion über die notwen-

Joachim Poß, MdB

dige Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungspolitik, der Wirtschafts- und Währungsunion oder einer solidarischen Flüchtlingspolitik beteiligen werden.

Sie entziehen sich einer rationalen Auseinandersetzung und begnügen sich weitgehend damit, mit Hasspredigten, Lügen, Verschwörungstheorien und Polemiken Angst zu schüren, insbesondere Angst vor Fremden.

2. Die Rolle der Sozialdemokratie

Ein wichtiger Grund und gleichzeitig Folge des Populismus ist sicherlich, dass die europäische Sozialdemokratie und die U.S. Demokraten in der „**working class**“ **teilweise dramatisch an Bindungskraft verloren haben**. Vom Verlust der Bindungskraft profitierte in Deutschland bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auch in meinem Wahlkreis (Gelsenkirchen: Hochburg der SPD im Ruhrgebiet) die rechtspopulistische, reaktionäre AfD.

In Spanien und Griechenland waren es bei den Wahlen die Linkspopulisten von Podemos und Syriza, die zu Lasten der Sozialdemokraten gewonnen haben. In Italien wiederum die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega Nord.

In Deutschland gewann die AfD auch in den bürgerlichen Schichten, die traditionell CDU/CSU wählen, sich aber inzwischen in ihrem Wohlstand nicht mehr von Merkel und den traditionellen Konservativen geschützt und wegen der Flüchtlinge überfordert fühlen.

II. Populismus in Europa

Jenseits der Frage, wie sich der Populismus in den einzelnen Mitgliedstaaten darstellt, ist bereits jetzt festzustellen, dass der aufkommende Populismus für das Funktionieren der Europäischen Union ein Problem ist.

Die populistischen Parteien haben ihre „Establishment“-Kritik in letzten Jahren immer stärker mit EU-Kritik verbunden. Brüssel und die EU wurden von den Populisten zum Ausdruck der Entmündigung und der bürgerfernen Politik stilisiert. **So wurde die EU-Kritik in Verbindung mit der Flüchtlingsfrage und dem Euro der Treibstoff für den heutigen Populismus mit seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen in Europa.**

Es wird aber in der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen, dass **die Politik in der Europäischen Union maßgeblich durch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten gestaltet wird**.

Joachim Poß, MdB

Zu der negativen Entwicklung mit Blick auf die EU hat das Verhalten der Staats- und Regierungschefs beigetragen, die in Brüssel gemeinsame Entscheidungen treffen und dann zu Hause so tun, als ob sie nicht beteiligt waren.

Überall da, wo Populisten die Oberhand gewinnen – sei es in Großbritannien oder auch den USA – verschärfen sie die Spaltung der Gesellschaften und verstärken die Vergiftung des politischen Klimas bis hin zu Straftaten. Hierzu trägt auch die Rhetorik der populistischen Kräfte bei, die z.B. durch die von Rupert Murdoch kontrollierten Medien (z.B. The Sun und Fox-News) verbreitet wird.

Als Demokraten müssen wir dem entgegenwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Nur so verhindern wir Radikalisierung und Terror.

Man muss genau schauen, welche konkreten Probleme Europa hat. **Es sind aktuell eher die Mitgliedstaaten, die mit ihnen zu verantwortenden Fehlentwicklungen die Akzeptanz der Europäischen Union schwächen als umgekehrt**, auch wenn uns das die Populisten gerne glauben machen würden.

Die EU hat in den vergangenen Jahren den Europäischen Rettungsschirm aufgebaut, eine Unterstützung für jugendliche Arbeitslose ins Leben gerufen und einen Investitionsfonds geschaffen. All diese Dinge müssen aber auch von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Ein wachsendes Problem ist darüber hinaus die Entwicklung in Ungarn und Polen, die zur faktischen Aushebelung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit führt. Auch hier müsste der Europäische Rat die grundlegenden Werte der EU stärker verteidigen und die nicht der Europäischen Kommission alleine überlassen.

Ich will mich heute aber auf den Populismus in Deutschland und Italien begrenzen.

1. Italien:

Italiens Politik war auch in der Berlusconi-Ära populistisch geprägt. Allerdings gab es damals noch eine große Mehrheit, die der Meinung war, dass Europa vom großen Nutzen auch für Italien ist. **Das hat sich auch wegen der Propaganda der Fünf-Sterne-Bewegung und der Lega Nord wesentlich verändert.** Die proeuropäischen Kräfte sind in die Defensive

Joachim Poß, MdB

geraten.

Ich bin in den letzten Jahren häufiger in Italien gewesen und hatte z.B. auch zwei sehr angeregte Diskussionen mit Herrn Di Maio von der Fünf-Sterne-Bewegung, in Rom und Berlin. In unseren Diskussionen war ich davon überrascht, wie naiv und leichtfertig die Errungenschaften der europäischen Einigung auf Spiel gesetzt werden – auch der Euro.

Es hilft auch wenig, dass geschätzte Ökonomen wie Herr Stiglitz einen Währungsaustritt als mögliches wirtschaftliches Mittel für die Gesundung der italienischen Volkswirtschaft präsentieren. **Was diese Ökonomen nicht erklären, ist, was denn in der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Realität die möglichen Folgen wären, nicht nur für Italien, sondern für Europa und die gesamte Weltwirtschaft.**

Man sieht am Beispiel des Brexit, dass solche Prozesse langwierig, schlecht planbar und mit großen Unsicherheiten für alle Beteiligten behaftet sind. Sollte es einen Prozess geben, in dem Italien vor die Frage gestellt wird, ob es im Euro bleibt, ist das nichts anderes.

Ein Italexit würde erstmal dazu führen, dass die Zinsen auf italienische Staatsanleihen steigen. Das würde mit Blick auf die Gesamtverschuldung Italiens [133 Prozent/ BIP oder 2,3 Billionen Euro] ein sofortiges Problem für die Handlungsfähigkeit des Staates darstellen. Deswegen mahne ich eindringlich davor, solche Diskussionen überhaupt zu führen.

Nach meiner Auffassung sieht die Grillo-Bewegung die Eurokritik eher als Mittel zum Zweck zur Kritik des „Establishments“ an, nicht so sehr als ökonomische Kritik.

Nun ist die Kritik an der politischen Klasse in Italien vielfach berechtigt. Das trifft jetzt aber auch auf die Fünf-Sterne-Bewegung dort zu, wo sie z.B. den Bürgermeister stellt – nicht nur in Rom. **Die oft irrationale politische Diskussion in Italien verbirgt, dass Italien seit Jahrzehnten größere strukturelle Probleme hat**, die weder mit dem Euro noch mit Europa zu tun haben.

Die Mezzogiorno-Problematik hat eben mehr mit Misswirtschaft, Klientelismus, Korruption und Steuerhinterziehung zu tun und nicht mit der Entwicklung in Europa. Hinzu kommen Versäumnisse und teilweises Versagen der politischen Klasse. Die Entschädigung der Regionalabgeordneten auf Sizilien von 11.000 Euro halte ich beispielsweise für skandalös.

Joachim Poß, MdB

Deshalb hat Matteo Renzi doch zurecht versucht, die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und der Justiz zu verbessern. Die vielen jungen Leute, die bei dem Verfassungsreferendum gegen eine Reform gestimmt haben, haben sich gegen ihre eigene Zukunft entschieden. Das gilt auch dann, wenn man wie ich das strategische und taktische Vorgehen von Matteo Renzi nicht immer für ausreichend durchdacht hält.

1. Deutschland:

In Deutschland kam der latent vorhandene Populismus erst mit der Eurokrise nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 auf. Damals hat sich eine eher unbedeutende Bewegung gegründet, die sich für die Abschaffung des Euros eingesetzt hat: die Alternative für Deutschland (AfD). Der Name ist eine Reaktion auf den Ausspruch von Merkel, dass ihre Euro-Politik alternativlos sei.

Zu Beginn war diese Partei auf wirtschaftliche Themen fokussiert und hauptsächlich durch konservative Professoren beeinflusst. Mit Beginn der Flüchtlingskrise ist sie aber immer weiter nach rechts gerückt. Dies führte soweit, dass der einstige Parteigründer, Bernd Lucke, inzwischen die Partei verlassen und eine neue Bewegung gegründet hat. Die AfD ist inzwischen eine offen rechte Partei, die in den letzten Monaten immer extremer geworden ist. Wichtige Parteifunktionäre haben Verbindungen bis in die gewaltbereite rechte Szene.

Zwischenzeitlich hatte es die Partei mit ihrer Mischung aus Ausländerfeindlichkeit, Deutschtümelei, Europa-Kritik und Anti-Establishment-Rhetorik auf bis zu 14 Prozent in Umfragen geschafft, in Ostdeutschland teilweise auf über 20 Prozent. **Nach Abklingen der Flüchtlingskrise liegt sie aktuell bei etwa 8 Prozent.** Damit liegt sie in Umfragen auf einer Höhe mit Grünen und Linken.

Wie die populistischen Parteien anderer europäischer Länder hat es die AfD vor allem auf die Stimmen **jener Menschen abgesehen, die sich abgehängt fühlen, frustriert sind und diejenigen mit autoritär-nationalistischen Einstellungen.**

Im NRW-Landtagswahlkampf war die AfD in meiner Heimatstadt überhaupt nicht präsent, obwohl Umfragen auf eine übermäßige Zahl an AfD-Wählern hinwiesen. Offenkundig ging es einem Teil der Wähler/innen weniger um die Inhalte, **sondern eher um einen Denkmittel für die sogenannte etablierte Politik.**

Joachim Poß, MdB

Diese „Denkzettel“-Mentalität könnte auch im anstehenden Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen, auch wenn die AfD innerlich zerstritten und inhaltlich – jedenfalls sozial schwächer gestellten Wählern – nichts zu bieten hat. Aber ihre populistische Substanz ist in Teilen der gesellschaftlichen Mitte hoffähig geworden und findet ihren Niederschlag auch in Äußerungen von Politikern der CDU/CSU.

Die AfD ist inzwischen in 13 Landesparlamenten vertreten. Im konkreten parlamentarischen Alltag – so wird es überall berichtet –, hat sie außer Sprüchen nichts zu bieten. Das ändert nichts daran, dass aus heutiger Sicht die Wahrscheinlichkeit eines Einzuges der AfD in den Deutschen Bundestag wahrscheinlicher ist als das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde.

Deswegen ist es wichtig, dass die Menschen merken, dass sie mit ihrer Stimme etwas verändern können und sie mit einer „Denkzettel-Wahl“ niemandem helfen.

III. Konsequenzen für die pro-europäischen Kräfte

Populismus ist weder in Italien noch in Deutschland ein neues Phänomen. Aber die Populisten haben es in den letzten Jahren gut verstanden, die europäischen Krisen für ihre Zwecke zu nutzen.

In den anstehenden Wahlkämpfen in Italien und Deutschland werden die proeuropäischen politischen Kräfte die Populisten auf mindestens drei Feldern stellen müssen:

Erstens muss man sich dagegen wehren, dass sich Bewegungen wie die Fünf-Sterne oder die AfD als Außenseiter inszenieren und für sich reklamieren, für das „ganze Volk“ zu sprechen.

Zweitens muss man sich stärker mit den Konsequenzen ihrer politischen Forderungen auseinandersetzen (bspw. einen Euro-Austritt). Man muss den Menschen stärker als bisher erklären, was ein solcher Schritt für die Menschen, ihre Arbeitsplätze und die Wirtschaft insgesamt bedeuten würde.

Drittens darf man sich in der Auseinandersetzung mit den Populisten nicht auf die Kritik an umstrittenen Äußerungen einzelner Politiker begrenzen. Man sollte seine Kritik aber gezielt gegen die Politiken richten. Sonst bietet man ihnen unnötig viel Präsenz, gerade wenn diese Personen nicht im Parlament vertreten sind. Zudem bieten die Programme häufig

Joachim Poß, MdB

Anlass, die Kluft zwischen Anspruch dieser Parteien und der Wirklichkeit aufzuzeigen. Die AfD will beispielsweise vor allem die Reichen durch eine Steuerreform entlasten (z.B. Abschaffung der Erbschaftsteuer), obwohl das eben nicht „dem Volk“ zugutekommt, als dessen Fürsprecher sie sich sonst ausgibt.

Hier liegt im Übrigen die Parallele zu Trump, der mit seiner Steuerreform seine Milliardärskollegen im Regierungskabinett der USA und sich selbst noch reicher machen will, obwohl die extreme Ungleichheit schon jetzt nicht nur ein soziales, sondern zukünftig zum zentralen wirtschaftlichen Problem wird. Damit verrät er die Interessen eines großen Teils seiner Wählerschaft.

1. Vertrauen zurückgewinnen

Als Mitglied im Europaausschuss im Deutschen Bundestag weiß ich aber auch, dass wir auf europäischer Ebene mehr tun können, um das **Vertrauen der europäischen Bevölkerung zurückzugewinnen**. Nur ein Europa, das Menschen und Unternehmen nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert, wird als gerecht und glaubwürdig empfunden werden.

Deshalb müssen wir **das skandalöse Steuer- und Sozialdumping multinationaler Konzerne in der EU stoppen**. Bürger fragen sich zu Recht, warum sie ihre Steuern zahlen sollten, wenn Konzerne wie Apple, Starbucks oder Fiat-Chrysler wesentlich geringere Steuersätze (bis gegen Null) zahlen. Hier müssen insbesondere die BeNeLux-Staaten, Malta und Irland als Steueroasen in die Pflicht genommen werden.

Die Grundlage für einen fairen und gerechten Steuerwettbewerb in der EU kann nur eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer mit einem Mindeststeuersatz sein. Ob dieses Projekt ein Erfolg wird, liegt vor allem in der Verantwortung der Mitgliedstaaten.

Außerdem müssen wir die Investitionen in Europa noch weiter stärken – das gilt sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Fortschritte gibt es bereits: So hat der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSD) in den letzten Jahren in ganz Europa private Investitionen ermöglicht und einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung geleistet. Dass er bis 2020 weitergeführt wird und seine Mittel aufgestockt werden ist daher ein logischer und konsequenter Schritt, aber lange noch nicht ausreichend.

Joachim Poß, MdB

Ich will nicht verschweigen, dass auf nationaler Ebene **auch Deutschland noch mehr tun muss**, um zur wirtschaftlichen Entwicklung der Europäischen Union beizutragen. Durch Investitionen in Bildung und Ausbildung, Digitalisierung, Kinderbetreuung, die Integration von Flüchtlingen und höhere Löhne kann Deutschland seinen Leistungsbilanzüberschuss verringern und die europäische Wirtschaft als Ganzes stärken.

Für die wirtschaftliche Erholung der Mittelmeeranrainer ist es wichtig, dass Investitionsförderprogramme und Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit abgerufen und genutzt werden – funktionierende Verwaltungsstrukturen sind dafür eine notwendige Bedingung. Zu oft scheitern Investitionen noch immer daran, dass bereitgestellte Mittel nicht abgerufen werden. Reformen der Verwaltung, wie sie von der Regierung Renzi angestrebt wurden und nun unter der Regierung Gentiloni weitergeführt werden, sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Gleichzeitig kann durch einen Ausbau des Sozialsystems die Binnennachfrage gestärkt und die italienische Wirtschaft stabilisiert werden. Portugal hat z.B. über einen erhöhten Mindestlohn bereits die Binnennachfrage gestärkt und seine Steuereinnahmen gesteigert. Der Länderbericht der Kommission zeigt eindeutig, dass derartige Maßnahmen der Wirtschaft nicht schaden, sondern potentiell Nutzen stiften – besonders, wenn wir die Steuerdynamiken betrachten, die in der EU herrschen.

2. Zukunft Europas

Wir haben als Proeuropäer keinen Grund, uns zu verstecken: Trotz Brexit, Trump und steigendem Nationalismus hat sich die Eurozone im letzten Jahr wirtschaftlich wieder erholt. Die Arbeitslosenquote sinkt und das Wirtschaftswachstum zieht in allen Ländern an. **Solche Nachrichten dürfen nicht – wie bisher – im Twitter-Getöse und in anti-europäischer Rhetorik untergehen.**

Die Wahl Macrons in Frankreich und die Pulse of Europe-Bewegung zeigen, dass viele europäische Bürgerinnen und Bürger weiterhin Hoffnungen in die Europäische Union setzen. Diese Entwicklung gilt es zu stärken. Wenn wir uns sachlich mit populistischen Strömungen auseinandersetzen und überzeugt für europäische Werte eintreten, kann uns das gelingen.

Zurückgewonnenes Vertrauen und eine versachlichte Diskussion bieten uns dann auch die Möglichkeit, die **Debatte über die Weiterentwicklung der Eurozone und Europas wiederaufzunehmen.** Es ist für das wirtschaft-

Joachim Poß, MdB

liche Überleben und die Sicherung der Arbeitsplätze in jedem Mitgliedstaat zwingend erforderlich, dass wir die Eurozone komplettieren. Wir brauchen ein eigenes Budget und auch eine Art Euro-Kommissar, der mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung aller Mitgliedstaaten dieses Budget verwaltet.

Zudem müssen wir in der gesamten Europäischen Union die Säule der sozialen Rechte stärken. **Europa darf nicht nur ein wirtschaftlicher Zusammenschluss sein. Die Menschen müssen spüren, dass sie den Kräften der Globalisierung nicht hilflos ausgesetzt werden, sondern durch die Europäische Union geschützt sind.**

Die Sozialdemokratie hat sich immer diesen Zielen des europäischen Einigungsprozesses verpflichtet gefühlt. Deswegen müssen die anstehenden Wahlkämpfe in Europa dazu genutzt werden, die Auseinandersetzung mit autoritären und illiberalen Kräften weit entschiedener zu führen, als es bisher der Fall war.

Der Populismus, in welcher Erscheinungsform auch immer, das belegt die Geschichte des 20. Jahrhunderts, hat den Menschen nur Krieg, Völkermord und Elend gebracht.

Warum lernen wir nicht daraus?